



GRENZENLOS

JAHRESBERICHT 2020

BND-KLAGE

Erfolg in Karlsruhe: Die Richter erklären die weltweite Überwachung von Journalisten für unzulässig

JULIAN ASSANGE

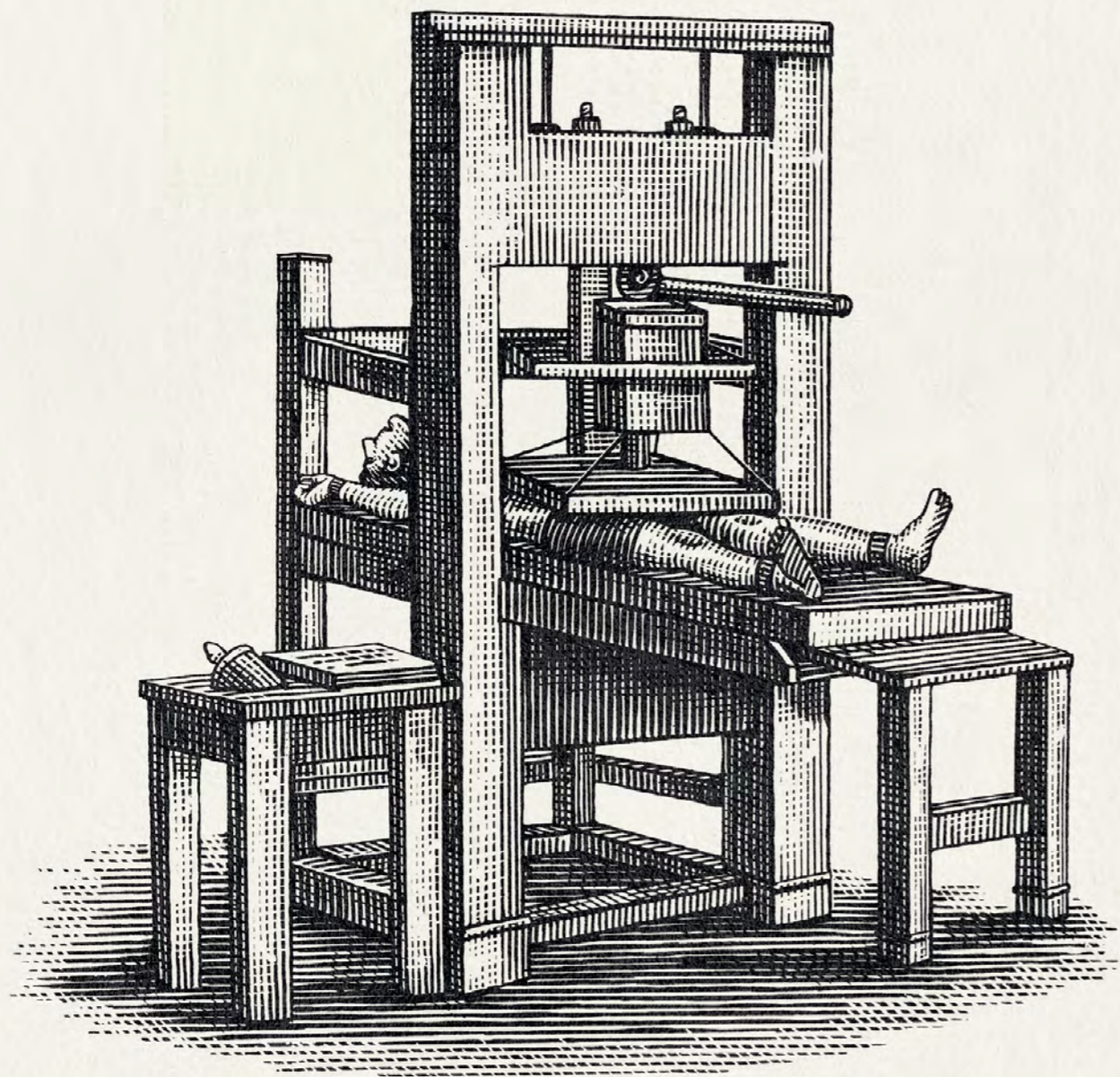
Keine Transparenz: Als einzige NGO waren wir kontinuierlich beim Gerichtsverfahren in London dabei

SAUDI-ARABIEN

Gerechtigkeit für Khashoggi: Wir kämpfen mit Kampagnen, Gesprächen und einer Anzeige gegen Straflosigkeit

Gutenbergs Druckpresse

WURDE NICHT ZUR UNTERDRÜCKUNG ERFUNDEN.



Für unabhängigen Journalismus und Informationsfreiheit.

reporter-ohne-grenzen.de/spenden

RSF REPORTER
OHNE GRENZEN



Liebe Freundinnen und Freunde der Pressefreiheit,

noch nie hat Deutschland so im Vordergrund des Medieninteresses an unserer Rangliste gestanden wie in diesem Jahr. »Deutschland zwei Plätze abgerutscht«, »Lage der Pressefreiheit nur noch befriedigend« – so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der Medien. Grund war die stark gestiegene Zahl der Übergriffe gegen Journalistinnen und Journalisten.

Als wir 1994 die deutsche Sektion von RSF gründeten, ging es uns vor allem um die Gefährdung von Reportern und Korrespondentinnen in Krisengebieten: die Balkankriege, Afghanistan, der Irakkrieg, der Arabische Frühling und die ihm folgenden Repressionswellen, der syrische Bürgerkrieg. Immer noch hält uns die Not der Kolleginnen und Kollegen in diesen Regionen in Atem.

Gleichzeitig wurden im vergangenen Jahrzehnt Deutschland und Europa zum zweiten Zentrum unserer Arbeit. Die Morde an Medienschaffenden in Malta und der Slowakei, die Gleichschaltung der Medien in Ungarn und Polen haben uns und viele aufgeschreckt. Zudem haben die faktische Monopolisierung des Internets sowie die ausufernde Nutzung von Abhör- und Zensursoftware durch viele Regierungen uns neue Arbeitsfelder erschließen lassen: Die Advocacy-Arbeit für Internetfreiheit spielt sich jetzt zunehmend auf parlamentarischer und juristischer Ebene ab. Es geht um Hassbotschaften und Löschen, um das von uns erstrittene Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach der BND auch die Grundrechte ausländischer Medienschaffender beachten muss, oder um unser juristisches Vorgehen gegen Unternehmen, die Spähsoftware an repressive Regime liefern. »Strategic Litigation« ist zu einem viel beachteten und auch gefürchteten Instrument im Kampf für die Pressefreiheit geworden.

Die Erfolge sind klein – und oft nur vorläufig, wenn Regierungen prompt versuchen, sie mit Gesetzesänderungen zu konterkarieren. Hier macht das russische Vorbild Schule: Kritische NGOs und Medien werden zu »ausländischen Agenten« erklärt, um sie weitgehend auszuschalten.

Gleichzeitig spüren wir aber auch, wie weite Teile unserer liberalen Gesellschaft die neuen Gefahren für freie Information erkennen und uns unterstützen. Im vergangenen Jahr ist die Zahl unserer Mitglieder wieder um 16 Prozent auf jetzt fast 2.400 gewachsen. Sehr viele Neumitglieder sind übrigens keine Medienschaffenden: Sie arbeiten oft in anderen Berufen, in denen die Gefährdung des demokratischen Diskurses alltäglich spürbar ist. Und so sind Corona zum Trotz unsere Spendeneinnahmen deutlich gestiegen. Nach dem Motto: Jetzt erst recht – für die Pressefreiheit.

Im Namen des Vorstands von Reporter ohne Grenzen Ihr

RSF-Vorstandssprecher
Michael Rediske beim
Neujahrsempfang
von Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier
und dessen Frau
Elke Büdenbender.
© bildschoen

| INHALT |

| | |
|---|----|
| Vorwort des Vorstands | 3 |
| Reporter ohne Grenzen international | 6 |
| Unsere Vision | 7 |
| Jahresbillanz 2020 | 7 |
| Systematische Verbrechen | 9 |
| Kein transparentes Verfahren | 10 |
| Erfolg in Karlsruhe | 12 |
| Nothilfe und Stipendien | 14 |
| Für mehr Sicherheit in Mexiko und Brasilien | 16 |
| Aufklärung und Hilfe zu digitalen Gefahren | 16 |
| Braucht es mehr Regulierung im Netz? | 17 |
| Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | 18 |
| Fotos für die Pressefreiheit | 20 |
| Fundraising | 21 |
| Jahresabschluss | 22 |
| Verein und Geschäftsstelle | 26 |



Fundraising _ Spielerisch mehr über Pressefreiheit erfahren? Unser Quartett macht's möglich! Die Produkte in unserem Online-Shop sind ein wichtiger Baustein, um unseren Kampf für die Pressefreiheit zu finanzieren. S. 21 © Jule Halsinger



Kein transparentes Verfahren _ Ab Februar 2020 waren wir beim Auslieferungsverfahren von Julian Assange in London kontinuierlich präsent – um unsere Solidarität zu zeigen, aber vor allem als Beobachter. Das Gericht machte uns das alles andere als leicht. S. 10 © RSF



Nothilfe und Stipendien _ Im März 2020 halfen wir dem lange inhaftierten Journalisten Afgan Muchtarli, aus Aserbaidschan nach Deutschland zu kommen. Insgesamt unterstützte RSF im vergangenen Jahr 158 bedrohte Medienschaffende. S. 14 © RSF



Erfolg in Karlsruhe _ Das Bundesverfassungsgericht hat im Mai 2020 nach unserer Klage die weltweite Überwachung von Medienschaffenden für unzulässig erklärt. Doch der Kampf ist noch nicht vorbei. S. 12 © Paul Lovis Wagner, Gesellschaft für Freiheitsrechte



Systematische Verbrechen _ Mahnwache für den seit 2012 inhaftierten saudi-arabischen Journalisten Raif Badawi. Die Herrscherelite am Golf inhaftiert und tötet Medienschaffende ohne nennenswerte Konsequenzen. Eine Strafanzeige soll das ändern. S. 9 © RSF

| KURZ NOTIERT: USA |

In Donald Trumps letztem Jahr als US-Präsident hat sich die Lage der Pressefreiheit in den USA weiter zugespitzt: So viele Angriffe auf Medienschaffende wie noch nie, gefährliche Desinformation in der Pandemie, Personalentscheidungen, die die Unabhängigkeit der US-Auslandssender gefährdeten – all diese Entwicklungen dokumentierten wir auf einer Themenseite im Vorfeld der Präsidentschafts- und Kongresswahl. In der

Kampagne »Press Freedom Pact« forderten wir die Kandidatinnen und Kandidaten auf, sich zur Pressefreiheit zu bekennen, und mit einer Wahlkampf Bühne vor der US-Botschaft machten wir auch die Vertretung der USA in Berlin darauf aufmerksam (siehe Titelbild, © Jule Halsinger). Der Neuanfang unter Präsident Joe Biden gibt Grund zur Hoffnung. Enttäuschend aber ist, dass auch Biden an der Anklage gegen Wikileaks-Gründer Julian Assange festhält.

| KURZ NOTIERT: BELARUS |

Mit dem Projekt »Stimmen aus Belarus« ließen wir in einer Videoreihe Medienschaffende über ihre Arbeit seit Beginn der Massenproteste gegen Präsident Alexander Lukaschenko im August 2020 berichten. Sie schilderten die Willkür und Gewalt, mit der das Regime unabhängige Stimmen zu unterdrücken versucht. Seit Beginn der Massenproteste wurden in Belarus hunderte Medienschaffende vorübergehend festgenommen, einige zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

| KURZ NOTIERT: DEUTSCHLAND |

Kaum ein Wochenende verging 2020, an dem wir nicht nach Corona-Protesten Übergriffe gegen die von dort berichtenden Medienschaffenden dokumentierten. Mindestens 65 zählten wir schließlich für unsere »Nahaufnahme Deutschland«, die im April 2021 erschien – so viele wie nie zuvor. Um bei dieser schockierenden Anzahl den Überblick behalten zu können, richteten wir die E-Mail-Adresse uebergrieffe@reporter-ohne-grenzen.de ein, über die uns jeder Vorfälle melden kann.

Impressum

Herausgeber:
Reporter ohne Grenzen e. V.
 Postfach 304108, 10785 Berlin
 Fon: 030 609 895 33 – 0
 Fax: 030 202 15 10 – 29
 kontakt@reporter-ohne-grenzen.de
 www.reporter-ohne-grenzen.de

Verantwortlich: Christian Mihr (Geschäftsführer)
 Konzeption: Sylvie Ahrens-Urbaneck,
 Juliane Matthey, Jennifer Schiementz
 Koordination und Textredaktion: Juliane Matthey
 Texte: Sylvie Ahrens-Urbaneck, Nube
 Álvarez, Tilman Clauß, Katja Heinemann,
 Lisa Kretschmer, Juliane Matthey, Maik Thieme
 Gestaltung: Anna-Maria Roch
 Druck: Pinguin Druck GmbH



»Die Lage der Pressefreiheit in Mexiko war 2020 leider gar nicht so anders als in früheren Jahren: Wieder wurden acht Medienschaffende getötet. Zugleich war die Pandemie quasi die perfekte Situation für die Behörden, um sich nach Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten aus der Verantwortung zu ziehen. Für mich war es angesichts all dessen nicht einfach, Angriffe auf die Presse zu dokumentieren und zu verfolgen. Trotzdem riss unser Kontakt zu angegriffenen Medienschaffenden und ihren Familien nie ab. Unsere Herausforderung besteht jetzt darin, zur Normalität zurückzukehren und unseren Kampf für die Pressefreiheit in Mexiko fortzusetzen.« Balbina Flores, RSF-Repräsentantin Mexiko



»Das RSF-Ostasienbüro in Taipeh konnte 2020 trotz der Corona-Pandemie reibungslos weiterarbeiten, da die Pandemie im Land schon nach wenigen Wochen unter Kontrolle war. Mit weitreichender Transparenz gelang es den taiwanesischen Behörden, die Bevölkerung zur Einhaltung der empfohlenen Gesundheitsmaßnahmen zu bewegen. So bewiesen sie, dass ein freier Fluss von Informationen eben nicht zu weniger Effektivität führt. Die Pandemie hat erneut vor Augen geführt, wie wichtig unser Kampf für die Pressefreiheit ist: In unserer globalisierten Welt gehen Verstöße gegen dieses Grundrecht die gesamte internationale Gemeinschaft an.« Cédric Alviani, RSF-Büroleiter Taipeh

Übersicht der Sektionen und Büros weltweit

(Stand: Juni 2021)

- 1 Belgien: Büro | Brüssel
- 2 Brasilien: Büro | Rio de Janeiro
- 3 Deutschland: Deutsche Sektion | Berlin
- 4 Finnland: Finnische Sektion | Helsinki
- 5 Frankreich: Internationales Sekretariat und französische Sektion | Paris
- 6 Großbritannien: Büro | London
- 7 Österreich: Österreichische Sektion | Wien
- 8 Schweden: Schwedische Sektion | Stockholm
- 9 Schweiz: Schweizerische Sektion | Genf/Zürich
- 10 Senegal: Büro | Dakar
- 11 Spanien: Spanische Sektion | Madrid
- 12 Taiwan: Büro | Taipeh
- 13 Tunesien: Büro | Tunis

Zusätzlich arbeiten rund 130 Korrespondenten und Repräsentantinnen von Reporter ohne Grenzen in vielen Ländern der Welt.

EIN JAHR WIE KEIN ANDERES

»Keine Freiheit ohne Pressefreiheit« bestimmt als Leitspruch seit vielen Jahren das Engagement von Reporter ohne Grenzen für bedrohte Journalistinnen und Journalisten auf der ganzen Welt. Die Covid-19-Pandemie hat in fast allen Ländern der Welt die Gültigkeit dieses Leitspruchs einer Wirklichkeitsüberprüfung unterzogen.

Wissenschaftliche Studien haben starke Korrelationen zwischen den Daten unserer Rangliste der Pressefreiheit und der Effektivität gesundheitspolitischer Entscheidungen entdeckt: Staaten, die einen höheren Grad an Pressefreiheit aufweisen, sind auch erfolgreicher bei der Pandemie-Eindämmung. Journalistinnen und Journalisten haben weltweit immer wieder berichtet, wo Ausbrüche auftraten und wo es Defizite im Gesundheitssystem gab. vielerorts, wo Journalistinnen und Journalisten ein Versagen staatlicher Gesundheitspolitik enthüllt und unabhängige Informationen über die Pandemie veröffentlichten, wurden sie festgenommen oder angefeindet.

Abgesehen davon, dass die meisten von uns 2020 aus dem Homeoffice arbeiteten und wir viele in Folge ihrer Corona-Berichterstattung bedrohte Medienschaffende im Rahmen der Nothilfe unterstützten, beeinflusste die Pandemie auch die eigentliche Arbeit: So musste ich mich in London mit den Behörden streiten, weil mir diese unter Verweis auf

Hygienebedingungen zunächst den Zugang als Beobachter zum Auslieferungsverfahren von Julian Assange verwehren wollten – obwohl ausreichend Abstand möglich war.

Von uns unterstützte Journalistinnen und Journalisten auf der Flucht aus Syrien standen im April 2020 auf einmal vor geschlossenen Grenzen. Eindrücklich in Erinnerung ist mir der Fall des aserbaidschanischen Journalisten Afgan Muchtarli, der im März 2020 ausgerechnet am ersten Tag des ersten deutschen Lockdowns nach fast drei Jahren Willkürlich dank unseres Einsatzes freikam und zu seiner schon im deutschen Exil lebenden Familie fliegen sollte. Drei von uns gebuchte Flüge wurden gecancelt, erst mit dem vierten Flug über Moskau hat es schließlich geklappt: Mit Sondergenehmigung des Bundesinnenministeriums durfte Muchtarli am Ende nach Deutschland einreisen.



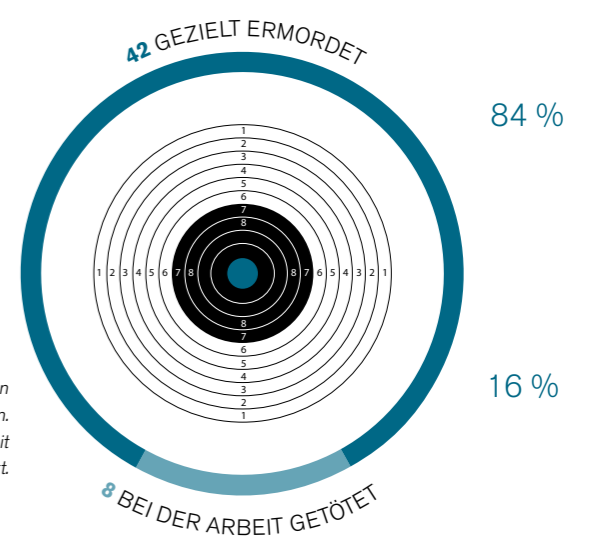
Dieser Einsatz war nur dank vieler Spenderinnen und Spender sowie zahlreicher neuer Mitglieder möglich. Sie haben uns motiviert, weltweit dafür einzutreten, dass auch in Zeiten einer Pandemie Freiheit ohne Pressefreiheit undenkbar ist.
Christian Mihr, Geschäftsführer

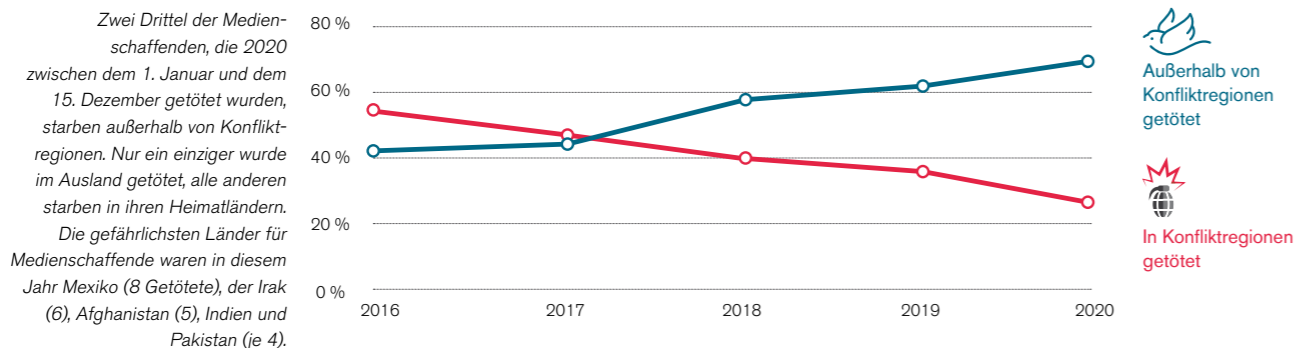
JAHRESBILANZ DER PRESSEFREIHEIT 2020



Mindestens 50 Journalistinnen, Journalisten und andere Medienschaffende wurden weltweit zwischen dem 1. Januar und dem 15. Dezember des Jahres in direktem Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet.

Die weitaus meisten Medienschaffenden wurden gezielt ermordet, weil sie zu Themen wie Korruption, organisiertem Verbrechen oder Umweltzerstörung recherchierten. Mit der Hinrichtung von Ruhollah Sam im Iran am 12. Dezember wurde erstmals seit 30 Jahren die Todesstrafe an einem Medienschaffenden vollstreckt.



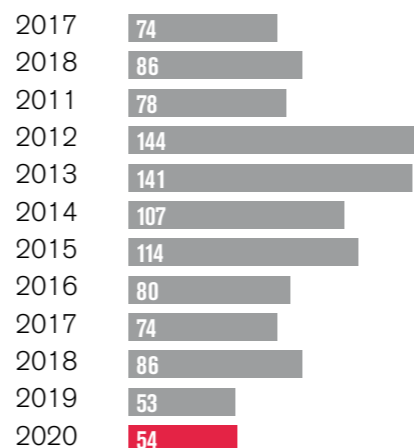


Hunderte Journalistinnen und Journalisten weltweit starben 2020 an oder mit Covid-19. Wie viele von ihnen sich bei der Arbeit infiziert hatten, ist nicht festzustellen. Mindestens drei erlagen dem Virus wegen mangelnder ärztlicher Versorgung, nachdem sie sich mutmaßlich in Gefängnissen in Ägypten, Russland und Saudi-Arabien infiziert hatten.



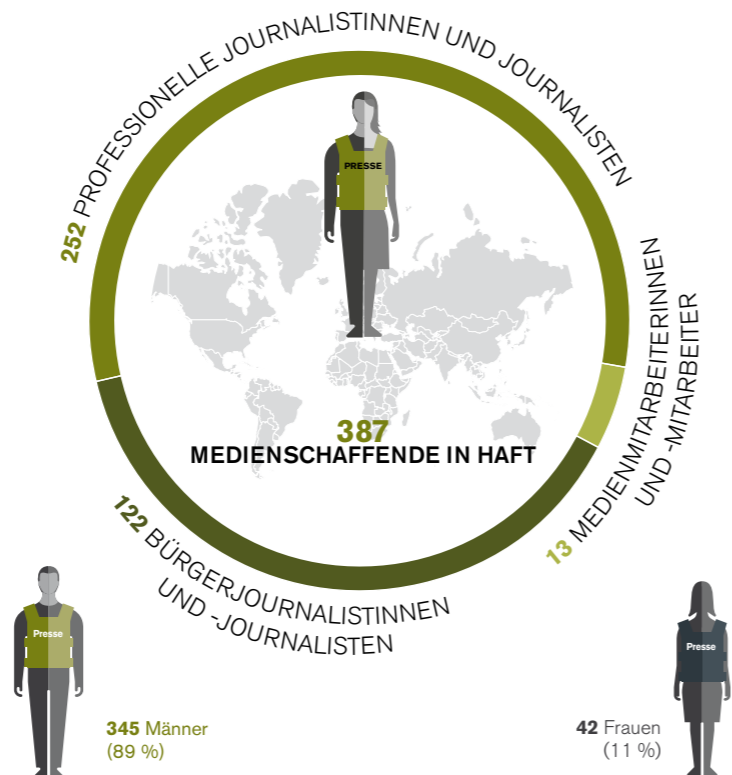
Allein die Zahlen inhaftierter Journalistinnen und Journalisten in China (117 Inhaftierte), Saudi-Arabien (34), Ägypten (30), Vietnam (28) und Syrien (27) summierten sich auf 61 Prozent aller Fälle weltweit

937 Medienschaffende wurden in den vergangenen 10 Jahren getötet*



*inklusive nach Ablauf des jeweiligen Jahres bestätigte Fälle

Zum Stichtag 1. Dezember 2020 saßen 387 Medienschaffende im Gefängnis – nur zwei weniger als ein Jahr zuvor, als die Zahl einen Höchststand erreicht hatte. Besonders gnadenlos ging die Regierung in Belarus vor: Nach der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Lukaschenko vom 9. August wurden dort mindestens 370 Journalistinnen und Journalisten – meist kurzzeitig – festgenommen, die über die anhaltenden Proteste berichtet hatten. Mehr als 130 Medienschaffende in allen Teilen der Welt wurden wegen ihrer Corona-Berichterstattung willkürlich verhaftet – viele nur für Stunden oder Tage, andere für Wochen.



Mahnwache für Jamal Khashoggi vor der Botschaft Saudi-Arabiens in Berlin. © picture alliance/ dpa/Jörg Carstensen

SYSTEMATISCHE VERBRECHEN

Saudi-Arabien verfolgt Medienschaffende auf unmenschlichste Art und Weise – ohne nennenswerte Konsequenzen. Eine Strafanzeige soll das ändern.

Ermordet, zerstückelt, verbrannt: Laut türkischen Quellen fand der Journalist Jamal Khashoggi 2018 im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul einen entsetzlichen Tod. Niemand Geringeres als Kronprinz Mohammed bin Salman (MBS) soll den Mord gebilligt haben. In einem nichtöffentlichen Scheinverfahren verurteilten saudi-arabische Gerichte stattdessen acht unbekannte Männer.

Zahlreiche Regierungen verurteilten öffentlich den Mord und das harte Vorgehen Saudi-Arabiens gegen Medienschaffende. Während MBS an seinem internationalen Image als Reformator arbeitet, hat sich die Zahl der inhaftierten Journalistinnen und Blogger unter ihm mehr als verdoppelt, derzeit sind es mindestens 31. Doch trotz erdrückender Beweise gegen die saudische Führung im Fall Khashoggi folgten keine klaren Konsequenzen – weder politisch noch wirtschaftlich.

Business as usual in Riad

2020 übernahm Saudi-Arabien die G20-Präsidentschaft. RSF suchte das Gespräch mit dem Stab im Kanzleramt, der den virtuell stattfindenden G20-Gipfel im November über Monate vorbereitete. Unser Appell: in den Gipfelgesprächen die Lage der Pressefreiheit offen anzusprechen und die Freilassung der Inhaftierten zu fordern. Der deutsche Unterhändler überreichte seinem saudischen Gegenüber zwar eine Liste der Inhaftierten, in öffentlichen Erklärungen fand das Thema

Pressefreiheit jedoch keinen Platz. Die Beziehungen der stärksten Wirtschaftsmächte zu Saudi-Arabien normalisierten sich vor den Augen der Welt.

Zur fast gleichen Zeit lag Hoffnung im Fall Khashoggi plötzlich auf einem Land, das sich normalerweise nicht gerade um die Pressefreiheit verdient macht: In Istanbul begann im Juli 2020 ein türkischer Strafprozess gegen mittlerweile 26 saudi-arabische Staatsbürger. RSF beobachtet den Prozess intensiv ohne große Hoffnung auf umfassende Aufklärung – zu sehr eingeschränkt ist die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei.

Nächster Halt: Karlsruhe

Als Dialog und Diplomatie nicht zur Freilassung von Gefangenen führten und Gerichtsverfahren keine Gerechtigkeit versprachen, erstattete RSF im März 2021 beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe Strafanzeige gegen MBS und weitere vier Verdächtige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In der 300 Seiten langen Anzeige schildert RSF Einzelfälle und beschreibt ein politisches System, das Journalistinnen und Journalisten systematisch angreift. Der Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit laut Völkerstrafgesetzbuch ist somit erfüllt. Nun ist es an der Staatsanwaltschaft, ihren Ermessensspielraum zu nutzen und offiziell gegen MBS und seine Handlanger zu ermitteln – es wäre ein starkes Signal an die Feinde der Pressefreiheit weltweit.

KEIN TRANSPARENTES VERFAHREN

Als einzige NGO waren wir kontinuierlich beim Auslieferungsverfahren von Julian Assange in London dabei. Das Gericht legte Beobachtenden zahlreiche Steine in den Weg.



Zum Auftakt der Anhörungen am 24. Februar 2020 trafen wir vor dem Londoner Belmarsh-Gefängnis Assanges Vater John Shipton. © RSF

Die Argumentation von Richterin Vanessa Baraitser am Morgen des 4. Januar 2021 im Central Criminal Court in London gibt fast eins zu eins die Haltung der US-Seite wieder: warum die Enthüllungen von Kriegsverbrechen durch Wikileaks-Gründer Juliane Assange nicht als journalistische Aktivität zu werten sind, warum er sich demzufolge wegen Spionage verantworten und in die USA ausgeliefert werden sollte. Als die Richterin dann ihre Entscheidung verkündet, können wir als Gerichtsbeobachterinnen und -beobachter es kaum glauben: Assange wird nicht ausgeliefert.

Die Erleichterung an diesem Tag ist groß bei Julian Assange, seiner Familie und seinem gesamten Unterstützerkreis. Ein Sieg für die Pressefreiheit war die Entscheidung dennoch nicht. Denn die Richterin begründete sie nur mit der psychischen Gesundheit Assanges, die so angegriffen sei, dass unter den zu erwartenden Haftbedingungen in den USA große Suizidgefahr bestünde. Eine politische Dimension des Falls und dessen wegweisende Bedeutung für den Journalismus weltweit verneinte sie. So sendete sie ein fatales Zeichen für die Pressefreiheit weltweit aus: Wer geheime Informationen von großem öffentlichen Interesse aufdeckt, kann überall auf der Welt dafür verfolgt werden. Besonders bitter war, dass sie zwei Tage später den Antrag auf Freilassung auf Kautions ablehnte.

Ende Februar 2020 hatte das Verfahren mit Anhörungen der Assanges Anwaltsteam und dem der USA begonnen. Bevor es fortgesetzt werden konnte, kam die Corona-Pandemie dazwischen: Die weiteren Anhörungen wurden in den September verschoben, den Gerichtsterminen dazwischen konnten wir nur per instabiler Telefonschalt folgen.

Für die vier Sitzungswochen ab dem 7. September bemühten wir uns um eine Sitzplatzgarantie als Beobachtende, doch die wurde uns ebenso verwehrt wie ein Videozugang. So mussten wir Morgen für Morgen in aller Frühe vor dem Gericht anstehen, um Zugang zu einem der nur sechs Plätze in einem Nebensaal des Gerichts zu bekommen – von dem aus man wiederum wegen schlechter Bild- und Tonqualität den Vorgängen oft nur schwer folgen konnte. »Als Prozessbeobachter bin ich aus der Türkei eine bessere Behandlung gewöhnt als bei diesem Verfahren. Das hat mich nachhaltig erschüttert«, kommentierte RSF-Geschäftsführer Christian Mihr, der an einigen Verfahrenstagen selbst vor Ort war, die Bedingungen. Als Konsequenz dieser allem Anschein nach systematischen Gängelei gab es außer uns keine NGO, die dem Verfahren an fast jedem Tag im Gericht folgte.



Assanges Verlobte Stella Moris (Mitte), die RSF-Direktorin für internationale Kampagnen Rebecca Vincent und RSF-Deutschland-Geschäftsführer Christian Mihr am 7. September 2020 am Sitz des britischen Premierministers. Sein Büro verweigerte mit Verweis auf Pandemie-Bestimmungen die Annahme von 80.000 Unterschriften gegen die Auslieferung Assanges, die wir seit Februar gesammelt hatten. Bis Jahresende konnten wir 100.000 Unterschriften sammeln und auch übergeben. © picture alliance / empics | Dominic Lipinski

Am 6. Januar 2021 lehnte Richterin Vanessa Baraitser die Freilassung von Julian Assange auf Kautions ab. © picture alliance / empics | Elizabeth Cook

Unser Einsatz für Assange fand 2020 nicht nur im Gericht statt. Zu kaum einem anderen Thema gaben wir so viele Interviews. Zudem verschickten wir zahlreiche Pressemitteilungen und Newsletter und nahmen an Expertengesprächen und Diskussionsrunden teil. Im Februar 2020 starteten wir eine Petition gegen die Auslieferung und für die sofortige Freilassung von Julian Assange. Allein die Petition auf unserer deutschen Webseite unterzeichneten knapp 19.000 Menschen, das internationale Pendant rund 91.000.

Monate nach der Entscheidung von Richterin Baraitser sitzt Julian Assange noch immer im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh und wird dort, wie es aussieht, mindestens bis zur Entscheidung in nächster Instanz bleiben müssen. Unser unermüdlicher Einsatz im vergangenen Jahr war dennoch nicht umsonst: Nie zuvor hatten die deutschen Medien so intensiv über den Fall berichtet. Mitglieder, Spenderinnen und Unterstützer von RSF haben uns selten zuvor so zahlreich und auf so vielen Wegen ihren Zuspruch mitgeteilt. Und nicht zuletzt wissen die britischen Behörden nun, dass wir weiterhin ganz genau hinschauen werden, egal wie schwierig sie die Bedingungen für unabhängige Beobachterinnen und Beobachter gestalten.

WIE GEHT ES WEITER?

Nachdem die USA noch unter Präsident Donald Trump Berufung eingelegt und diese unter seinem Nachfolger Joe Biden begründet haben, wird der Fall Assange ab Ende Oktober 2021 in nächster Instanz verhandelt. Reporter ohne Grenzen appelliert weiterhin an die USA, ihre Anklage fallenzulassen und auf Assanges Auslieferung zu verzichten. Das ist eine rein politische Entscheidung, die die Biden-Regierung jederzeit treffen könnte. In Großbritannien könnte das Gericht wiederum noch immer beschließen, ihn aus seiner Einzelhaft freizulassen, und sei es in eine Art Hausarrest, der ihm zumindest ermöglichen würde, mit seiner Familie zusammen zu sein und mit seinem Anwaltsteam frei zu kommunizieren. Egal wie das Jahr 2021 für Assange weitergeht – und es ist alles andere als sicher, dass sein Fall bis Ende des Jahres entschieden ist: Dass er schon jetzt viel zu lange unter viel zu harten Strafmaßnahmen gelitten hat, ist nicht wiedergutmachen.



Großes Medieninterview am ersten Verhandlungstag in Karlsruhe © Paul Lovis Wagner, Gesellschaft für Freiheitsrechte

ERFOLG IN KARLSRUHE

Das Bundesverfassungsgericht hat im Mai 2020 nach unserer Klage die weltweite Überwachung von Medienschaffenden für unzulässig erklärt. Doch der Kampf ist noch nicht vorbei.

Der Investigativjournalist Goran Lefkov ist an diesem sonnig-kalten Wintermorgen extra aus Nordmazedonien angereist. Er will vor Ort mitverfolgen, wie das höchste deutsche Gericht in Karlsruhe über die Klage verhandelt, die er und mehrere andere ausländische Journalistinnen und Journalisten mit Reporter ohne Grenzen und der Gesellschaft für Freiheitsrechte gegen das BND-Gesetz eingereicht haben.

Die Verhandlung am 14. und 15. Januar 2020 ist der vorläufige Höhepunkt der politischen und juristischen Arbeit von RSF gegen die allumfassende Überwachungspraxis durch den Bundesnachrichtendienst (BND), die uns seit 2015 beschäftigt hatte. Denn obwohl der Whistleblower Edward Snowden schon 2013 die skandalöse Überwachungspraxis internationaler Geheimdienste enthüllt hatte, hatte die Bundesregierung in der Neufassung des BND-Gesetzes vom Dezember 2016 ausländischen Journalistinnen und Journalisten einen besseren Schutz verweigert. Gerade in Zeiten länderübergreifender Recherchen muss ein Schutz vor anlassloser Überwachung jedoch auch für ausländische Medienschaffende und deren Quellen gelten. Zu groß ist die Gefahr, dass sensible Daten zwischen befreundeten Nachrichtendiensten ausgetauscht werden.

Bahnbrechendes Urteil gegen Massenüberwachung

Das sieht auch das höchste deutsche Gericht so, das am 19. Mai 2020 ein bahnbrechendes Urteil fällt: Die

Massenüberwachung des weltweiten Internetverkehrs ist verfassungswidrig. Eine historische Entscheidung: »Das Bundesverfassungsgericht hat die Bedeutung der Pressefreiheit wieder einmal unterstrichen. Wir freuen uns, dass Karlsruhe der ausufernden Überwachungspraxis des Bundesnachrichtendienstes im Ausland einen Riegel vorschiebt«, sagte RSF-Geschäftsführer Christian Mihr damals.

Im März dieses Jahres hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des BND-Gesetzes verabschiedet. Zwar wurden einzelne Punkte verbessert, insgesamt bleibt die Neuregelung aber hinter unseren Erwartungen zurück. Die Schutzwürdigkeit der Kommunikation zwischen Medienschaffenden und ihren Informantinnen und Informanten wird nun zwar erstmals gesetzlich anerkannt. Der Gesetzgeber versäumte es aber, ausländische Medienschaffende in der Praxis vor digitaler Überwachung und einem Missbrauch der durch den BND gesammelten Informationen durch autoritäre Staaten zu schützen. Wir behalten uns daher zusammen mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte eine erneute Klage in Karlsruhe vor.

In einem weiteren Fall steht die Entscheidung der Justiz noch aus: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Bundesregierung Anfang 2021 zur Stellungnahme zu einer weiteren RSF-Beschwerde gegen die anlasslose Massenüberwachung des Bundesnachrichtendienstes aufgefordert.

WIR TRAUERN 2020 UM

ÄGYPTEN: 13. Juli **Mohamed Monir**, Printjournalist | AFGHANISTAN: 30. Mai **Amiri Samir**, Fernsehjournalist | 30. Mai **Sabih Schafik**, Fernsehmitarbeiter | 12. November **Daji Alijas**, Radiojournalist | 10. Dezember **Malalai Maiwand**, Fernsehjournalistin | 10. Dezember **Taher Chan**, Fernsehmitarbeiter/Fahrer | BANGLADESCH: 11. Oktober **Ilyas Hossain**, Zeitungsreporter | HONDURAS: 1. Juli **Jorge Posas**, Fernsehjournalist | 1. Juli **German Gerardo Vallecillo**, Fernsehjournalist | 28. September **Luis Almendares**, freier Journalist | INDIEN: 19. Juni **Shubham Mani Tripathi**, Zeitungsreporter | 8. November **Isravel Moses**, Fernsehjournalist | 12. November **Parag Bhuyan**, Print-/Fernsehjournalist | 28. November **Rakesh Singh »Nirbhik«**, Printjournalist | IRAK: 10. Januar **Safaa Ghali**, Kameramann | 10. Januar **Ahmad Abdelsamad**, Fernsehreporter | 20. Januar **Jussef Satar**, Fotojournalist | 11. Februar **Nisar Thanun**, Fernsehgeschäftsführer | 6. Juli **Hischam al-Haschimi**, Publizist | 12. August **Huner Rasul**, Fernsehjournalist | IRAN: 12. Dezember **Ruhollah Sam**, Blogger | JEMEN: 2. Juni **Nabil Hassan**, Foto-/Videojournalist | KOLUMBIEN: 13. August **Abelardo Liz**, Radioreporter | MEXIKO: 1. Februar **Víctor Fernando Álvarez Chávez**, Onlinejournalist | 30. März **Maria Elena Ferral Hernández**, Zeitungsreporterin | 16. Mai **Jorge Miguel Armenta Ávalos**, Printjournalist | 2. August **Pablo Morrugares**, Onlinejournalist | 9. September **Julio Valdivia Rodríguez**, Polizeireporter | 29. Oktober **Arturo Alba Medina**, Fernsehjournalist | 9. November **Israel Vázquez Rangel**, Onlinejournalist | 9. Dezember **Jaime Castaño Zacarías**, Fotojournalist | NIGERIA: 21. Januar **Alex Ogbu**, Korrespondent | 24. Oktober **Onifade Pelumi**, Fernsehjournalist | PAKISTAN: 15. Februar **Aziz Memon**, Print-/Fernsehjournalist | 26. Mai **Zulfiqar Mandrani**, Printjournalist | 23. Juli **Anwar Jan Kethran**, Printjournalist | 25. September **Abid Hussain Abidi**, Printjournalist | PARAGUAY: 12. Februar **Lourenço »Léo« Veras**, Onlinejournalist | PHILIPPINEN: 5. Mai **Rex Cornelio**, Radiojournalist | 14. September **Jobert Bercasio**, Fernsehjournalist | 10. November **Virgilio »Vir« Maganes**, Radiojournalist | RUSSLAND: 9. November **Alexander Tolmatschew**, Printjournalist | SAUDI-ARABIEN: 19. Juli **Saleh al-Schehi**, Printjournalist | SOMALIA: 16. Februar **Abdulwali Ali Hassan**, Reporter | 4. Mai **Said Yusuf Ali**, Fernsehjournalist | SYRIEN: 5. Februar **Amdschad Aktalati**, Fotograf | 20. Februar **Abdel Nasser Hadsch Hamdan**, Fotograf | 26. Oktober **Raschid Bakr**, Reporter/Kameramann | 12. Dezember **Hussein Chattab**, Fernsehjournalist | VENEZUELA: 18. August **José Carmelo Bislick**, Radiojournalist

Ihre Spende für die Pressefreiheit:
www.reporter-ohne-grenzen.de/spenden

RSF REPORTER
OHNE GRENZEN

TÜRKEI _ Leider kann keine Entwarnung gegeben werden: Unter Präsident Erdogan hat sich die Lage für Journalistinnen und Journalisten immer weiter verschlechtert. Die Zahl türkischer Medienschaffender im Exil steigt stetig.

17

SYRIEN _ Im anhaltenden Krieg sind Medienschaffende durch das Regime wie auch durch dschihadistische Milizen bedroht. Die Zahl der Hilfsanfragen bleibt hoch. Wir können nur den gefährdetsten Medienschaffenden helfen.

19

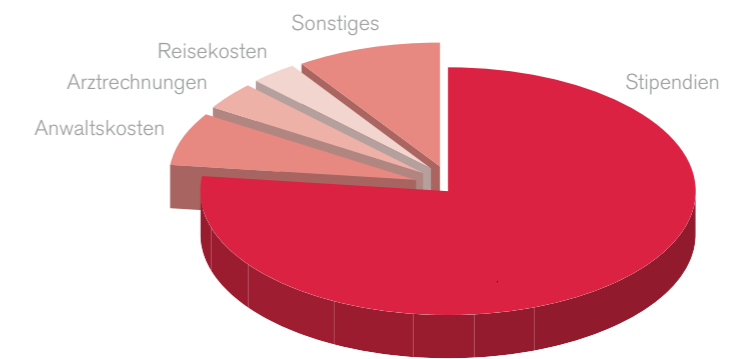
KAUKASUS/ZENTRALASIEN _ 2020 vergaben wir **zwei Nothilfestipendien** und **ein Auszeitstipendium** für akut bedrohte Journalisten aus Aserbaidschan und Usbekistan. Dem usbekischen Journalisten Bobomurod Abdullaev halfen wir zweimal, weil er nach seiner Rückkehr nach Usbekistan erneut ins Visier der Behörden geriet. Mit vier weiteren, kurzfristigen Hilfen unterstützten wir Medienschaffende in Aserbaidschan, Usbekistan und Tadschikistan.

RSF deutsche Sektion:
43 unterstützte Journalistinnen und Journalisten
 Türkei: 12 / Syrien: 9 / Aserbaidschan, Usbekistan: je 3 / Ägypten, Belarus, Russland: je 2 / Benin, Indien, Kolumbien, Malta, Pakistan, Philippinen, Somalia, Sri Lanka, Tadschikistan, Ukraine: je 1

RSF internationales Sekretariat:
115 unterstützte Journalistinnen und Journalisten
 Syrien: 23 / Pakistan: 21 / Demokratische Republik Kongo: 8 / Kamerun: 5 / Bangladesch, China, Kolumbien: je 4 / Aserbaidschan, Brasilien, Burundi, Tschad, Venezuela: je 3 / Honduras, Jemen, Mexiko, Russland, Vietnam: je 2 / Benin, Dschibuti, Eswatini, Frankreich, Gambia, Indonesien, Iran, Jordanien, Kambodscha, Kasachstan, Kirgistan, Liberia, Myanmar, Republik Kongo, Slowenien, Somalia, Sri Lanka, Südsudan, Tadschikistan, Türkei, USA: je 1

Kofinanzierungs-Partnerschaften 2020: Evangelische Kirche in Deutschland, Zeit Stiftung, dpa, ECPMF, Journalisten helfen Journalisten München

FINANZIELLE HILFEN NACH ZWECK (Insgesamt: 120.600 €)



»Seit elf Jahren untersuche ich Desinformation, Troll-Fabriken, Hassreden und Radikalisierung in Guatemala und anderen Ländern Zentralamerikas. Meine Arbeit hat die Aufmerksamkeit von Internet-Trollen und Hassnetzwerken auf sich gezogen, die mich bedroht und belästigt haben. Das Stipendienprogramm hat mir geholfen zu lernen, wie ich Sicherheitsbedrohungen erkennen und mich schützen kann. Das ist eine große Erleichterung in meinem Kampf gegen Manipulation im Internet.«

Luis Assardo ist Journalist und Wissenschaftler aus Guatemala und 2020/2021 Stipendiat des Berliner Stipendienprogramms. Er hat 24 Jahre in Print und im Rundfunk gearbeitet. Er lehrt digitalen Journalismus, Multimedia, Medienwirtschaft und Open-Source Intelligence an Universitäten. 2017 gründete er die Fact-Checking-Agentur »Confirmado«.

Im vergangenen Jahr wurde auch unsere Nothilfearbeit durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt. Einreisebestimmungen erschwerten die Beschaffung von Visa. Trotzdem gab es keinen Stillstand: Wie bereits 2019 konnten wir auch in diesem Jahr eine Gruppe hochgefährdeter syrischer Journalistinnen und Journalisten in Deutschland begrüßen. Aus der letzten Rebellen-Hochburg Idlib wurden sie mit ihren Familien von verschiedenen Landkreisen in Deutschland aufgenommen.



»Drei Monate von meiner Familie getrennt zu sein war nicht einfach für mich. Dennoch hat die Zeit in Berlin uns viel gebracht. Untergebracht in einer hübschen Wohnung konnte ich mich erholen, nachdenken und Kräfte sammeln für meine zukünftigen »Kämpfe« – auch wenn nicht alles möglich war, da die Pandemie gerade anfang. Immer wenn ich an meine Zeit in Berlin zurückdenke, erinnere ich mich an das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Dafür bin ich sehr dankbar.«

Olivera Lakić aus Montenegro war 2020 Auszeitstipendiatin von RSF und der taz Panter Stiftung. Seit ihrer ersten Recherche 2011 zum Tabaksmuggel in ihrer Heimat werden Lakić und ihre Familie immer wieder bedroht. 2018 wurde sie bei einem Mordversuch verletzt. Während ihres Aufenthalts in Berlin gab es erneut Versuche, Lakić durch einen Auftragsmörder umzubringen. Montenegrinische Behörden sehen einen eindeutigen Zusammenhang zu ihrer investigativen Arbeit.

Neben der internationalen Hilfsarbeit bleibt die Stärkung von Exilmedien im deutschen Raum ein wichtiger Fokus. Das Referat für Nothilfe und Stipendien hat zudem seine Kompetenzen als Gastorganisation für Stipendiatinnen und Stipendiaten weiter ausgebaut. Zusätzlich zu unserem Auszeitstipendienprogramm und dem Berliner Stipendienprogramm zur Stärkung von Journalist*innen im Digitalen Raum startete 2020 auch der erste Bewerbungsdurchlauf für unser neues Erholungs- und Recherche-Stipendium. Im Februar 2021 konnten wir nach kurzer pandemiebedingter Verzögerung unsere kolumbianische Stipendiatin Ginna Morelo in Berlin willkommen heißen.

Im Rahmen des Berliner Stipendienprogramms haben wir auch 2020 Medienschaffende aus Krisengebieten fortgebildet. Ziel des Programms ist es, dass die Stipendiatinnen und Stipendiaten sich besser gegen digitale Bedrohungen schützen können und dieses Wissen an ihre Kolleginnen und Kollegen in ihren Herkunftsländern weitertragen. Ausgewählt wurden diesmal Bewerberinnen und Bewerber aus Hongkong, Brasilien, Guatemala, Gambia, Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien und Pakistan.

Aufgrund der Pandemie konnten die Teilnehmenden zwar nicht nach Berlin reisen, um ihr Intensivtraining vor Ort wahrzunehmen, zumindest konnten sie aber über Online-Trainings geschult werden. Ihr Aufenthalt in Berlin wird 2021 nachgeholt.

DEFENDING VOICES – FÜR MEHR SICHERHEIT IN MEXIKO UND BRASILIEN

Unser Programm »Defending Voices«, finanziert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, startete in Mexiko und Brasilien nur einen Monat, nachdem die WHO Covid-19 zur Pandemie erklärt hatte. Unsicherheit beeinflusste das gesamte Projekt: Die beiden Länder hatten mit die höchsten Infektionsraten der Welt. Alles, was als persönliche Zusammenkunft geplant war, musste online stattfinden. Dank des Engagements und der Flexibilität der Partner konnte dennoch ein Großteil der Ziele umgesetzt werden.

In Mexiko bieten wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation *Propuesta Cívica* rechtliche Unterstützung, damit die Opfer von Verbrechen gegen Medienschaffende und ihre Familien Zugang zu Gerechtigkeit und Wiedergutmachung erhalten. Im Prozess um den Mord an der Journalistin Miroslava Breach gelang uns ein beispielloser Erfolg: Einer der Mörder wurde im August 2020 zu 50 Jahren Haft verurteilt – es war die erste Verurteilung überhaupt in Mexiko wegen Mordes an einer Journalistin oder einem Journalisten. Mit Hilfe künstlicher Intelligenz stellten wir ein Video des ermordeten Journalisten Javier Valdez nach, in dem er vom mexikanischen Präsidenten ein Ende der Gewalt gegen die Presse fordert. Es wurde landesweit von Medien aufgegriffen. Aktuell analysiert das Team Gesetze, die die Pressefreiheit in Mexiko einschränken. Ende des Jahres wollen wir dem Parlament einen Vorschlag für Reformen vorlegen.



Rede Wayuri berichtet in den Muttersprachen der indigenen Bevölkerung im Amazonas. © Raquel Uendil / SA

In Brasilien sind die Menschen in den Favelas und im Amazonas von Corona besonders betroffen, ihre Probleme aber wurden von traditionellen Medien weitgehend ignoriert. Acht Community-Medien, die an unserem Projekt teilnehmen, wollen diese Informationslücken schließen. Jedes dieser Medien erhielt rund 150 Stunden Workshops und Mentoring zu nachhaltigen Geschäftsmodellen. Maßgeschneiderte Risikoanalysen sollen ihre Sicherheit verbessern. Mit einigen richteten wir Online-Events aus, an denen gut 1.200 Menschen teilnahmen: *Data_labe* organisierte das »Criptofunk Festival«, das Funkmusik als Aufhänger für eine Debatte über Meinungsfreiheit und digitale Sicherheit nutzte. *Alma Preta* und *Marco Zero* organisierten das »Fala Festival« mit Debatten über wichtige Themen für lokale Medien.



Benjamin Guldnering, Referent Digitaler Helpdesk © RSF

DER HELPDESK: AUFKLÄRUNG UND HILFE ZU DIGITALEN GEFAHREN

Reporter ohne Grenzen informiert seit 2019 mit seinem digitalen Helpdesk Journalistinnen und Journalisten in aller Welt über digitale Sicherheit. Der Helpdesk ist aus dem Berliner Stipendienprogramm hervorgegangen. Unter helpdesk.rsf.org finden sich umfangreiche Informationen zu Themen wie Verschlüsselung, Anonymisierung, Account-Sicherheit sowie Umgang mit Hassrede und Falschnachrichten.

Was hat den Helpdesk 2020 beschäftigt?

Seit 2019 pflegen wir unsere Webseite und produzieren Lehrvideos, um das Thema digitale Sicherheit greifbarer zu machen. 2020 gab ein neues Video zum Thema Zwei-Faktor-Authentisierung. Zugleich hat sich der Helpdesk weiterentwickelt in Richtung individuelle Unterstützung. Im Nothilfereferat haben wir immer mehr Fälle, in denen

Journalistinnen und Journalisten digitalen Angriffen ausgesetzt waren oder sich in Zukunft besser schützen möchten. Wir haben Journalistinnen und Journalisten beraten, wie sie sich in Zukunft sicherer verhalten können, und das individueller, als es eine Webseite tun kann, und sie unterstützt, wenn eine akute Bedrohungssituation vorlag.

Um welche Probleme ging es da?

Eine osteuropäische Nachrichtenorganisation hat an die Nothilfe eine Anfrage gerichtet, weil ihre Online-Präsenz bösartig

übernommen wurde. Sie musste nachweisen, dass sie die tatsächliche Eigentümerin ihrer Webseite und Facebook-Konten ist. Durch Online-Untersuchungen und Open-Source-Intelligence konnten wir dann nachweisen, dass die Organisation die tatsächliche Eigentümerin ist. Auch haben wir Journalistinnen und Journalisten geholfen, die als Nothilfe-Fälle zu uns kamen, hier zum Teil im Exil leben und in der Vergangenheit digitalen Angriffen ausgesetzt waren. Wir haben sichergestellt, dass ihre Geräte sicher sind und dass sie wissen, wie sie sich in Zukunft besser schützen.

Kann sich jeder Journalist oder jede Journalistin, die sich einer digitalen Bedrohung ausgesetzt sehen, an den Helpdesk wenden?

Bislang sind das sind bislang eher Einzelfälle. Die Betreuung individueller Risikolagen ist sehr zeitintensiv und noch haben wir nicht die Ressourcen, das in der Breite anzubieten. Aber ab Herbst 2021 planen wir ein eigenes digitalforensisches Labor, in dem wir Computer und Smartphones auf Spionagesoftware untersuchen können.

BRAUCHT ES MEHR REGULIERUNG IM NETZ?

Lisa Dittmer, Referentin für Informationsfreiheit im Internet



1. Das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität in sozialen Medien löste 2020 heftige Diskussionen aus. Wie steht RSF dazu?
Medienschaffende sind überdurchschnittlich

häufig von Hass im Netz betroffen. Das Ziel des Gesetzes, Drohungen und Hassbeiträge nicht nur entfernen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, dass Täterinnen und Täter wirksamer verfolgt werden, ist grundsätzlich richtig. Bis zuletzt wurde aber aus guten Gründen gestritten, wann Plattformen welche Nutzerdaten ans BKA weitergeben sollen.

2. Auch die EU arbeitet an Gesetzen zur Plattformregulierung. Werden die Bekämpfung illegaler Inhalte und der Schutz von Nutzerrechten künftig besser abgewogen?
Laut Digital Services Act sollen Facebook und Co. Meldungen von Verstößen gegen nationale Gesetze prüfen und Inhalte gegebenenfalls entfernen. Sie müssen Ansprechpersonen benennen und Transparenzberichte vorlegen. Positiv ist, dass der Entwurf

Widerspruch gegen unbegründete Sperrungen vorsieht und mehr Transparenz über Algorithmen verlangt. Aber die Politik betont weiter vor allem das Ziel schneller Entfernung illegaler Inhalte und riskiert erhebliche Eingriffe in die Meinungs- und Pressefreiheit. Am deutlichsten wird das bei der Verordnung gegen Terrorinhalte, die es Staaten erlauben soll, Plattformen ohne richterliche Verfügung zu europaweiten Löschungen binnen einer Stunde aufzufordern – ein gefährlicher Ansatz angesichts autoritärer Tendenzen in Ungarn oder Polen.

3. Ist das zunehmende Interesse an staatlicher Regulierung nach Jahren unkontrollierten Wachstums nicht eher positiv?
Die Suche nach Alternativen zur Selbstregulierung ist überfällig. Staatliche Regulierung birgt aber neue Gefahren: Die Plattformen bieten bisher in repressiven Staaten Freiheitsräume. Der Diskurs um Hassrede, Desinformation und die Notwendigkeit staatlicher Regulierung dient Regierungen in Russland, der Türkei und vielen weiteren illiberalen Staaten als Rechtfertigung für immer weitergehende Eingriffe in die Meinungsfreiheit im Netz. Und die Plattformen beugen sich dem Druck zunehmend.

REPORTER OHNE GRENZEN IN DEN MEDIEN



Ob Angriffe auf Medienschaffende bei Corona-Demonstrationen in Deutschland, verhaftete Journalistinnen und Journalisten in Belarus oder medienfeindliche Attacken von US-Präsident Trump im Wahlkampf: 2020 gab es besonders viele Themen, zu denen unsere Expertise gefragt war. Auch deshalb war Reporter ohne Grenzen im vergangenen Jahr in den deutschsprachigen Medien so präsent wie nie zuvor. 19.818 Mal wurden wir in Online- und Printmedien, Nachrichtenagenturen, Fernsehen sowie Hörfunk erwähnt – im Schnitt 1.652 Mal pro Monat. Wir gaben 282 Interviews, verschickten 215 Pressemitteilungen und 33 Newsletter.

Webseite
436.637 Mal wurde unsere Webseite im Jahr 2020 besucht. 34.496 dieser Besuche entfielen auf unsere

Themenseite »Pressefreiheit in der Corona-Krise«, 17.241 auf die Themenseite »Wahlen in den USA: Pressefreiheit unter Druck«. © RSF



Anzahl versendete Pressemitteilungen

| | |
|------|-----|
| 2016 | 113 |
| 2017 | 117 |
| 2018 | 88 |
| 2019 | 138 |
| 2020 | 215 |

Top 10 Länder versendete Pressemitteilungen

| | |
|----------------|----|
| Deutschland | 26 |
| Belarus | 16 |
| USA | 15 |
| Großbritannien | 11 |
| Türkei | 11 |
| Saudi-Arabien | 8 |
| Iran | 7 |
| Mexiko | 7 |
| Rusland | 7 |
| China | 6 |

Social Media

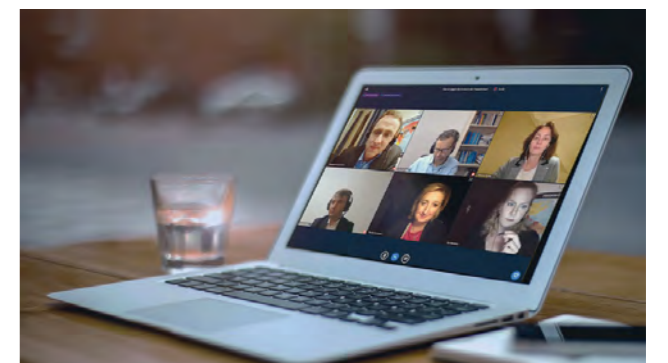
Auf unseren Social-Media-Kanälen bauten wir unsere Reichweite deutlich aus. Die Zahl der Facebook-»Gefällt mirs« stieg um 2.007 auf 63.375, die der Twitter-Followerinnen und -Follower um 7.220 auf 62.315, die der Youtube-Abonentinnen und -Abonnten um 1.335 auf 1.605, die der Instagram-Abonentinnen und -Abonnten um 8.876 auf 15.329 und die der LinkedIn-Followerinnen und -Follower um 229 auf 356.



VERANSTALTUNGEN, KAMPAGNEN UND AKTIONEN



Zum Welttag gegen Internetzensur am 12. März haben wir die »Uncensored Library« eröffnet. Sie nutzt das Computerspiel Minecraft, um zensierte Artikel zu verbreiten. Innerhalb eines Jahres erreichte die Bibliothek über 20 Millionen Spielerinnen und Spieler aus 165 Ländern. © RSF



Die Premiere des Dokumentarfilms »Yokluk – Absence: What happened to Rabia Naz?« mit dem Regisseur Kutlu Esendemir hinterließ einen bleibenden Eindruck bei den Zuschauenden im Open-Air-Kino. © Jule Halsinger

Mit einem überdimensionalen Banner, das wir am Alexanderplatz in Berlin entrollten, forderten wir Freiheit für unseren Korrespondenten Khaled Drareni. Der Journalist saß in Algerien eine zweijährige Gefängnisstrafe ab. Im Februar 2021 wurde er begnadigt und freigelassen. © RSF



2020 stellten wir knapp 20 Veranstaltungen auf die Beine. Zum Auftakt einer Online-Reihe zur »EUrosion der Pressefreiheit in Osteuropa« diskutierten wir unter anderem mit Katarina Barley (Vizepräsidentin Europäisches Parlament), Michal Kokot (Gazeta Wyborcza) und Kai-Olaf Lang (Stiftung Wissenschaft und Politik) über die Handlungsmöglichkeiten der EU, die Pressefreiheit in Mittel- und Osteuropa zu schützen. © RSF

An 53 Standorten in ganz Berlin hingen im Mai die Plakate unserer Corona-Kampagne. Damit machten wir auf die weltweiten Einschränkungen der Pressefreiheit im Zuge der Pandemie aufmerksam. © RSF

Unweit des Kreml hält die Künstlerin Daria Serenko Protestplakate in der Hand. Die Fotografin Oksana Yushko hat die Moskauer Proteste im Sommer 2019 begleitet. Damals gingen Menschen für den unter Hausarrest gestellten Journalisten Iwan Golunow auf die Straße, später demonstrierten sie für faire und freie Kommunalwahlen.
© Oksana Yushko



FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT



Während eines Protests gegen die militärische Besetzung Kaschmirs attackiert ein verummter Mann ein gepanzertes Polizeifahrzeug. Den Einmarsch indischer Soldaten, die Ausgangssperren, die Kommunikationsblockade: Der Fotograf Dar Yasin hat all das miterlebt und festgehalten. © Dar Yasin/picture alliance/AP Photo

Wenige Wochen bevor unser 26. Fotobuch am 3. Mai 2020, dem Welttag der Pressefreiheit, erschien, brachte der Ausbruch der Coronapandemie eine jähe Zäsur in die Auslandsberichterstattung. Recherchereisen wurden in vielen Teilen der Welt unmöglich. Umso kostbarer waren die bewegenden Bildreportagen, die international arbeitende Fotografinnen und Fotografen für unseren Band »Fotos für die Pressefreiheit 2020« zur Verfügung stellten. Sie brachten die Welt in all ihrer Vielfalt und Dramatik in unsere vier Wände.

Das Fotobuch erinnert an Themen, die Reporter ohne Grenzen 2019 beschäftigt haben, als von Corona noch nicht die Rede war. Das Titelbild zeigt eine Szene von den Massenprotesten in Hongkong. Der Fotograf Lam Yik Fei hat sie vom ersten Tag an begleitet. In Aufnahmen von der Frontlinie zwischen Demonstrierenden und Staatsgewalt dokumentierte er die Ereignisse in seiner Heimatstadt im Ausnahmezustand.

Insgesamt haben 19 Fotografinnen und Fotografen uns ihre Werke unentgeltlich überlassen. Neben einem Faktentexte-Teil enthält das Buch sieben Fotoessays. In ihnen beschreiben Autorinnen und Autoren aus der Perspektive der Fotografinnen und Fotografen, wie diese ihre Arbeit gestalten und mit ihrem persönlichen Leben vereinen.

Dem Fotobuch-Team unter Leitung von Barbara Stauss gehörten RSF-Vorstandsmitglied Gemma Pörzgen als Chefredakteurin, Redakteur Kai Schnier und Grafiker Jonas Herfurth an. Gedruckt wurde der Band von der Berliner Druckerei Ruksal. Der gesamte Erlös fließt in unsere Menschenrechtsarbeit.

»Fotos für die Pressefreiheit 2020«

Reporter ohne Grenzen (Hrsg.)
104 Seiten, 14 Euro
ISBN 978-3-937683-87-4

SHOPPEN FÜR DIE PRESSEFREIHEIT – UNSER ONLINE-SHOP



NoSignal-Handytasche
35,00 Euro

Diese Handytasche blockiert nicht nur alle Smartphone-Signale, sie ist quasi ein tragbares, ortungssicheres Funkloch! Damit schützen Sie nicht nur Ihre Privatsphäre, sondern unterstützen auch unseren Einsatz für die Pressefreiheit.

Quartett der Pressefreiheit
13,00 Euro

Spielerisch mehr über Pressefreiheit erfahren? Unser Quartett macht's möglich! Das Kartenspiel enthält Informationen zur Lage in 32 Ländern. Mehr Einblicke verbergen sich hinter den QR-Codes auf den Spielkarten. Für jede Altersgruppe, denn: Pressefreiheit geht uns alle an.



FARE-Regenschirm
37,00 Euro

Mit unserem windsicheren Regenschirm mit RSF-Logo können Sie auch bei wechselhaftem Wetter für die Pressefreiheit eintreten. So unterstützen Sie nicht nur unsere Menschenrechtsarbeit, Sie setzen sich auch für nachhaltigen und fairen Handel ein.

Fotos für die Pressefreiheit 2021
16,00 Euro

Am 3. Mai 2021 erschien unser neues Fotobuch mit Texten und Bildern aus rund 20 Ländern. Ein Schwerpunkt liegt auf den Protesten in Belarus, wo Zehntausende nach der Wiederwahl Lukaschenkos im Sommer 2020 monatelang auf die Straße gingen.



SHOP.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE

Preise inkl. Versand

DIGITALE KOMMUNIKATION MIT UNSEREN UNTERSTÜTZERN

Luisa-Charlotte Becker, Referentin für Online-Fundraising



Weil ein Alltag ohne soziale Medien, Suchmaschinen und Newsletter gar nicht mehr vorstellbar ist und auch unsere Kommunikation sich mehr und mehr ins Digitale verlagert, haben wir 2020 eine halbe Stelle im Fundraising für die digitale direkte Kommunikation

mit Unterstützern, Spenderinnen und Mitgliedern geschaffen. Seit Oktober 2020 ver helfe ich als

Referentin für Online-Fundraising Reporter ohne Grenzen zu mehr Sichtbarkeit in sozialen Medien und Suchmaschinen. Besonders wichtig ist mir dabei, unsere Inhalte und Themen online so einfach auffindbar zu gestalten wie möglich. So schaffen wir nicht nur mehr Aufmerksamkeit für unsere Menschenrechtsarbeit im Internet, sondern motivieren auch jüngere Menschen zu aktivem Engagement für die Presse- und Informationsfreiheit. Genau dort, wo fast alle von uns sich täglich aufhalten.

JAHRESABSCHLUSS

Gewinn- und Verlustrechnung

| Einnahmen | |
|---|--------------------|
| Spenden | 1.164.770 € |
| Mitgliedsbeiträge | 260.515 € |
| Fördermittel Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) | 213.568 € |
| Fördermittel Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe | 177.144 € |
| Anzeigen im Buch »Fotos für die Pressefreiheit« | 64.479 € |
| Erbschaften | 40.030 € |
| Verkauf Buch »Fotos für die Pressefreiheit« | 32.302 € |
| Einnahmen aus Bußgeldzuweisungen durch Gerichte | 18.505 € |
| Verkauf Online-Shop-Produkte | 18.075 € |
| Erstattung aus Umlageverfahren Lohnfortzahlung | 17.540 € |
| Bestandsveränderung Inventar Online-Shop | 12.496 € |
| Honorare | 11.760 € |
| Sonstige Einnahmen | 11.401 € |
| SUMME | 2.042.585 € |

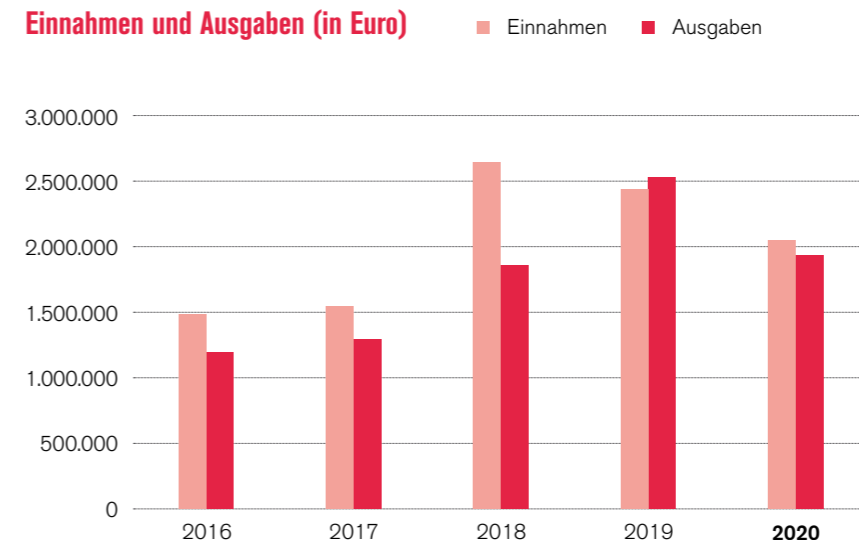
| Ausgaben | |
|---|---------------------|
| Personalkosten | -1.072.611 € |
| Raumkosten | -165.977 € |
| Auszahlung an Partnerorganisationen Defending-Voices-Program (BMZ-Mittel) | -140.000 € |
| Unterstützungsfonds für Journalisten | -136.561 € |
| Wartungskosten für Hard- und Software | -62.890 € |
| Honorare freie Mitarbeit | -62.207 € |
| Produktionskosten Buch »Fotos für die Pressefreiheit« | -41.762 € |
| Druck- und Layoutkosten | -38.055 € |
| Buchführungskosten | -34.763 € |
| Porto und Kurierdienstleistungen | -25.794 € |
| Abschreibungen | -25.227 € |
| Reise- und Bewirtungskosten | -24.034 € |
| Telefon und Internet | -15.077 € |
| Softwarelizenzen | -14.717 € |
| Produktionskosten Online-Shop-Produkte | -12.429 € |
| Sonstige Kosten | -9.575 € |
| Nebenkosten des Geldverkehrs | -8.463 € |
| Abschluss- und Prüfungskosten | -7.966 € |
| Anschaffung Hardware und Büroausstattung | -7.274 € |
| Periodenfremde Aufwendungen | -6.087 € |
| Werbeanzeigen | -5.661 € |
| Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Solidaritätszuschlag | -5.143 € |
| Fortbildungskosten | -4.960 € |
| Versicherungen und Beiträge | -4.122 € |
| Rechtsberatungskosten | -3.765 € |
| Aktionen- und Kampagnenzubehör | -3.701 € |
| Büromaterial | -2.872 € |
| SUMME | -1.941.691 € |

Gewinn/Verlust 100.894 €

| Bilanz – Aktiva | |
|--|--------------------|
| A. Anlagevermögen | |
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | |
| Software | 10.545 € |
| II. Sachanlagen | |
| 1. Technische Anlagen und Maschinen | 12.790 € |
| 2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung | 20.790 € |
| III. Finanzanlagen | |
| Sonstige Ausleihungen | 520 € |
| B. Umlaufvermögen | |
| I. Vorräte | |
| Fertige Erzeugnisse und Waren | 26.476 € |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | |
| 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 3.382 € |
| 2. Sonstige Vermögensgegenstände | 78.440 € |
| III. Kassenbestand, Guthaben b. Kreditinstituten, Postgiro | 923.396 € |
| C. Rechnungsabgrenzungsposten | 2.250 € |
| SUMME Aktiva | 1.078.590 € |

| Bilanz – Passiva | |
|--|--------------------|
| A. Eigenkapital | |
| I. Vereinskaptal | 847.710 € |
| II. Gewinn-/Verlustvortrag | -97.395 € |
| III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | 100.894 € |
| B. Rückstellungen | |
| 1. Steuerrückstellungen | 3.700 € |
| 2. Sonstige Rückstellungen | 88.138 € |
| C. Verbindlichkeiten | |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 4.689 € |
| 2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen | 14.438 € |
| 3. Sonstige Verbindlichkeiten | 116.416 € |
| SUMME Passiva | 1.078.590 € |

Einnahmen und Ausgaben (in Euro)



Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 unter Einbeziehung der Buchführung wurde im April 2021 durch die Solidaris Revisions-GmbH (Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft) geprüft. Der Bericht über die Prüfung erklärt: »Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.«

Solidaris Revisions-GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft



Reporter ohne Grenzen ist vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) auf den transparenten, sparsamen und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen geprüft worden. Seit 2013 tragen wir das DZI Spenden-Siegel. Das DZI vergibt das Spenden-Siegel jährlich und bestätigt uns damit die satzungsgemäße, sparsame sowie wirksame Mittelverwendung unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften.

Wo kommt das Geld für unsere Arbeit her?

Die Gesamteinnahmen des Vereins lagen im Jahr 2020 bei 2.042.585 Euro. 57 Prozent davon stammen aus Spenden, 13 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, zehn Prozent aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie neun Prozent aus Mitteln der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Zudem konnten weitere fünf Prozent der Einnahmen durch das jährlich erscheinende Fotobuch erzielt werden. Bezüglich der Fördermittel des BMZ und der Berliner Senatsverwaltung hat der RSF-Vorstand wie schon in den Vorjahren seinen Beschluss bekräftigt, mit Einnahmen aus Drittmitteln keine Stellen für Kernaufgaben unserer Organisation zu finanzieren. Das sichert die Unabhängigkeit von Reporter ohne Grenzen.

Wurde im Corona-Jahr mehr oder weniger gespendet als zuvor?

Erfreulicherweise und für uns auch etwas überraschend stiegen die Einnahmen durch Spenden gegenüber 2019 um 24 Prozent auf 1.164.770 Euro. Auch die Zahl der Mitglieder wuchs, sodass die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen um zwölf Prozent auf 260.515 Euro stiegen.

2020 hat RSF deutlich weniger ausgegeben als 2019. Wie kam das?

Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um 23 Prozent auf 1.941.691 Euro gesunken. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 2019 das vom BMZ finanzierte Projekt »Media Ownership Monitor« abgeschlossen wurde und 2020 keine weiteren Ausgaben anfielen. Zudem fand 2020 das Projekt »Berliner Stipendienprogramm zur Stärkung von Journalist*innen im digitalen Raum« aufgrund der Corona-Krise nur in reduziertem Umfang statt. Auch in anderen Bereichen fielen aufgrund der Corona-Krise weniger Ausgaben als in den Vorjahren an, z.B. bei den Reisekosten.

Wie viel Geld ist 2020 konkret in die Unterstützung von Medienschaffenden geflossen?

Die Ausgaben für unseren Nothilfe-Fonds für die unbürokratische Unterstützung von Medienschaffenden in Notsituationen konnten wir aufgrund des hohen Spendenaufkommens und durch zweckgebundene Spenden für einzelne Stipendien auf 136.561 Euro erhöhen. Das sind sieben Prozent unserer Gesamtausgaben. So konnten wir angemessen auf die anhaltend hohe Zahl an Anfragen reagieren. Weitere elf Prozent unserer Ausgaben entfielen auf das vom BMZ neu geförderte Programm »Defending Voices«, das sich für sichere Arbeitsbedingungen für Medienschaffende in Mexiko und Brasilien einsetzt. Auf das von der Berliner Senatsverwaltung geförderte »Berliner Stipendienprogramm« entfielen neun Prozent.

Was erwartet RSF für 2021 und 2022?

Erfreulicherweise hat sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahr der Anstieg der Spenden fortgesetzt. Viele Menschen haben offenbar auch in der Coronazeit gesehen, wie wichtig die Verteidigung der Pressefreiheit ist. Durch unsere vielen Aktionen, darunter die erfolgreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht oder die Strafanzeige gegen den saudischen Kronprinzen, nimmt die öffentliche Aufmerksamkeit für RSF weiter zu. Daher rechnen wir auch weiterhin mit Zuwächsen an Mitgliedern und Spenden.



Maik Thieme, Leitung
Personal & Verwaltung

Danke an unsere Unterstützerinnen und Unterstützer

Trotz der Corona-Pandemie haben wir 2020 sehr viel Unterstützung durch Mitglieder, Spenderinnen und Spender erfahren. Vielen Menschen war es wichtig, gerade in Zeiten der Pandemie ein Zeichen für Pressefreiheit und für kritischen und unabhängigen Journalismus zu setzen. Besonders zum Jahresende gab es eine überwältigende Resonanz auf unsere Spendenaufrufe für Journalistinnen und Journalisten in Not.

Besonders bewegt hat uns, dass viele Unterstützende darauf hingewiesen haben, dass sie sich selbst bei uns in Deutschland Sorgen um die Pressefreiheit machen. Wir danken allen, die uns im vergangenen Jahr so großzügig unterstützt haben, auch wenn 2020 für viele ein besonders schwieriges Jahr war. Jede Einzelspende, jede Dauerspende, jede Mitgliedschaft ist ein wichtiger Beitrag zu unserer Arbeit und für unseren Einsatz für Presse- und Informationsfreiheit.

Im vergangenen Jahr erhielt Reporter ohne Grenzen zudem 40.000 Euro aus dem Nachlass eines verstorbenen Mitglieds. Dieser Betrag kommt in vollem Umfang unserer Arbeit zu Gute. Für diese wichtige Unterstützung sind wir sehr dankbar.



Mit dem Nachlass Gutes zu tun, ist vielen Menschen ein Anliegen. Neben Angehörigen, Freundinnen und Freunden können auch gemeinnützige Organisationen im Testament bedacht werden. Auf diese Weise kann man sich auch über den Tod hinaus für die Themen einsetzen, die einem zeitlich lebenslang wichtig waren.

Michaela Orizu, Referentin für Fundraising

Weitere Informationen zum Thema Testament und Vererben finden Sie auf unserer Webseite oder kontaktieren Sie uns direkt: mo@reporter-ohne-grenzen.de

Derzeit (Stand 30. April 2021) zählt RSF 1.506 Vereinsmitglieder und 1.246 Fördermitglieder. 2020 begrüßten wir 88 neue Vereinsmitglieder und 286 neue Fördermitglieder. Seit Vereinsgründung 1994 haben 13.807 Spenderinnen und Spender sowie 848 Institutionen und Firmen die deutsche Sektion von RSF unterstützt. 2020 kamen 2.652 Spenderinnen und Spender sowie 82 Institutionen und Firmen hinzu.

Unter anderen sind die Rheinisch-Westfälische Verlagsgesellschaft mbH, die SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG und die Librorius Verlagsgruppe unserem Aufruf gefolgt, unser Referat »Nothilfe und Stipendien« zu unterstützen. Mit weiteren Spenden hat uns die Deutsche Presse Agentur unterstützt.



! DAS AKTUELLE TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE !

(Stand Juni 2021)

Geschäftsführung und Verwaltung



Von links nach rechts: Mirjam Weißkopf (Teamassistentin & Spendenservice) | Katharina Thiele (Praktikantin Teamassistentin & Spendenservice) | Sylvia Just (Referentin Finanzen) | Dr. Maik Thieme (Leitung Personal & Verwaltung) | Franziska Görner (Referentin der Leitung) | Christian Mihr (Geschäftsführung). Nicht im Bild: Markus Reimer (Externer Service-Mitarbeiter IT-Betreuung) | Ariane Schneider (Externe Service-Mitarbeiterin Buchhaltung externe Projekte)

Fundraising



Josephine Niehoff (Studentische Mitarbeiterin) | Michaela Orizu (Referentin Fundraising) | Luisa-Charlotte Becker (Referentin Online-Fundraising)

Kommunikation



Von links nach rechts: Kristin Bässe (Referentin Öffentlichkeitsarbeit) | Christopher Resch (Pressereferent) | Hannah Winkler (FSJ Öffentlichkeitsarbeit) | Anne Renzenbrink (Pressereferentin) | Sylvie Ahrens-Urbaneck (Teamleitung Kommunikation) | Jennifer Schiemetz (Assistentin Kommunikation) | Juliane Matthey (Pressereferentin) | Elin Jansen (FSJ Presse/Öffentlichkeitsarbeit) | Nico Jörg (FSJ Öffentlichkeitsarbeit/Presse) | Ulrike Gruska (Pressereferentin). Nicht im Bild: Kai Schnier (Freier Mitarbeiter Textredaktion) | Barbara Stauss (Projektleiterin »Fotos für die Pressefreiheit«)

Advocacy



Von links nach rechts: Lisa Dittmer (Referentin Advocacy/Internetfreiheit) | Nube Álvarez (Koordination Defending Voices Program) | Lisa-Maria Kretschmer (Referentin Advocacy/EU) | Jordi Pascual Frielinghaus (FSJ Advocacy)

Nothilfe und Stipendien



Von links nach rechts: Louise Kaufmann (Studentische Mitarbeiterin Nothilfe und Stipendien) | Mohammed Chahrouh (Referent Nothilfe und Stipendien) | Benjamin Güldenring (Referent Digitaler Helpdesk) | Rebekka Gottl (Studentische Mitarbeiterin Nothilfe und Stipendien) | Katja Heinemann (Teamleitung Nothilfe und Stipendien) | Tilman Clauß (Projektleiter Berliner Stipendienprogramm) | Cheryl White (Freie Mitarbeiterin Nothilfe und Stipendienbetreuung) | Elias Krössin (Junior-Projektmanager Berliner Stipendienprogramm) | Ali Çelikkán (Freier Mitarbeiter Nothilfe Türkei) | Yağmur Ekim Çay (Studentische Mitarbeiterin Berliner Stipendienprogramm)

Vereinsämter (ehrenamtlich)

Der Vereinsvorstand



Katja Gloger
(geschäftsführender Vorstand)



Martin Kaul



Gemma Pörzgen



Dr. Michael Rediske
(geschäftsführender Vorstand)



Matthias Spielkamp

© DieMarGust

Das Kuratorium

Pinar Atalay | Dr. Thomas Bellut | Peter-Matthias Gaede | Giovanni di Lorenzo | Lorenz Maroldt | Georg Mascolo | Bascha Mika | Jan-Eric Peters | Jörg Quoos | Patricia Schlesinger | Eva Schulz | Prof. Dr. Karola Wille | Ulrike Winkelmann

Ausgeschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Juni 2020 bis Juni 2021

Wir danken ganz herzlich Christoph Dreyer | Anna-Marie Eisenbeis | Sophie Friedrich | Julian Hausmann | Anna Hüsmann | Annik Schepp | Jens Uwe Thomas

Kassenprüferinnen

Annette Rogalla | Adelheid Feilcke

| REPORTER OHNE GRENZEN: RECHERCHIEREN, ANKLAGEN, UNTERSTÜTZEN |

Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalistinnen und Journalisten oder deren Mitarbeitende in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit und besseren Schutz von Medienschaffenden vor allem in Krisengebieten ein. Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz und Export von Überwachungstechnik und gegen restriktive Mediengesetze.

Ein globales, dicht geknüpftes Netz für schnelle Information und Intervention entsteht durch 130 Korrespondentinnen und Korrespondenten der internationalen Organisation. Unser Nothilfeferat unterstützt verfolgte Journalistinnen und Journalisten und Medien unter anderem juristisch und finanziell.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Hilfe in den Herkunftsländern der Betroffenen. Wenn es

für Medienschaffende jedoch lebensgefährlich ist, in der Heimat zu bleiben, bemühen wir uns, ein sicheres Aufnahmeland zu finden.

Seit 1994 ist die deutsche Sektion von Berlin aktiv. Der Verein Reporter ohne Grenzen ist Teil der 1985 gegründeten internationalen Organisation Reporters sans frontières mit Hauptsitz in Paris.

Reporter ohne Grenzen finanziert sich in erster Linie aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie durch den Verkauf des jährlichen Fotobuchs.

Die internationale Organisation Reporter ohne Grenzen hat Beraterstatus

- beim Menschenrechtsrat der UN,
- bei der UNESCO,
- beim Europarat.

Reporter ohne Grenzen e.V.

Postfach 304108 | 10756 Berlin
Fon: 030 609 895 33-0
Fax: 030 202 15 10-29
kontakt@reporter-ohne-grenzen.de
www.reporter-ohne-grenzen.de

Spendenkonto

Reporter ohne Grenzen
IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80
BIC: BEVODEBB
Berliner Volksbank



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

